

Staatssekretariat für Bildung und Forschung
Frau Margrit Meier
Hallwylstrasse 4
3003 Bern

Bern, 15. November 2007

Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG): Stellungnahme des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung der schweizerischen Hochschulen (OAQ)

Sehr geehrte Frau Meier

Herzlichen Dank für die Einladung, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich Stellung zu nehmen. Wir nehmen diese Möglichkeit gerne wahr, möchten jedoch unsere Stellungnahme auf die Artikel beschränken, die das Akkreditierungssystem und dessen Organisation behandeln (Art. 6 sowie Art. 21 – 32).

1 Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich erachten wir den Bereich „Akkreditierung und Qualitätssicherung“ des Gesetzes als sehr gut gelungen. Insbesondere ist es sehr zu begrüßen, dass für alle Hochschultypen die gleichen Akkreditierungsgrundsätze gelten und das vorgestellte Akkreditierungssystem den europäischen Anforderungen an die externe Qualitätssicherung entspricht („European Standards and Guidelines“).

Ausserdem sind wir sehr froh, dass das Gesetz die Zuständigkeiten im Bereich der institutionellen Akkreditierung klar regelt. Die vorgeschlagene Aufgabenteilung zwischen Akkreditierungsrat und nationaler Agentur bei solchen Verfahren erachten wir als zentral. Wir sind der Meinung, dass eine solche Organisation effizient ist und die nötige Kohärenz in der nationalen Qualitätssicherungs- und Bildungspolitik sicherstellt. Dadurch dass die institutionelle Akkreditierung von der nationalen Agentur durchgeführt wird, kann gewährleistet werden, dass optimal auf Besonderheiten des schweizerischen Bildungssystems eingegangen sowie auf spezifisch schweizerische Entwicklungen im Bereich der Qualitätssicherung Rücksicht genommen werden kann. Auch gewährleistet dieses System eine Einheitlichkeit und Transparenz in der Verfahrensführung und ist insofern für die Glaubwürdigkeit der Verfahren wichtig. Die vorgeschlagene Regelung entspricht den Realitäten in den andern europäischen Ländern und reflektiert die Philosophie der Bolognadeklaration. Im europäischen Hochschulraum wird die institutionelle Akkreditierung allgemein als hoheitlicher, nationaler Akt definiert. Ferner löst die Einführung des schweizerischen Akkreditierungsrates einen alten Konflikt in Bezug auf die

Unabhängigkeit der Akkreditierungsentscheidungen, da diese gemäss europäischen Forderungen nicht durch eine politische Behörde (die SUK), sondern eine unabhängige Instanz gefällt werden sollten.

Als problematisch empfinden wir, dass der Bereich der Weiterbildung im Gesetz nicht explizit geregelt wird. Klare Vorgaben in diesem Bereich könnten gerade auch im Hinblick auf die aktuell existierenden Verschiedenheiten bei der Weiterbildungs-Akkreditierung von Universitäten und Fachhochschulen von Bedeutung sein.

2 Zu den Artikeln im Einzelnen:

Artikel 6

Das OAQ spricht sich ganz klar für die erste Variante von Artikel 6 aus (Art. 6 Abs. 1 lit. d – Schweizerischer Akkreditierungsrat mit der Schweizerischen Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung). Die nationale Agentur und der schweizerische Akkreditierungsrat sollten als eine Einheit verstanden werden. Dies gewährleistet, dass sich die Aufgabenbereiche der beiden Einheiten sinnvoll ergänzen, während der administrative Aufwand effizient organisiert werden kann.

Artikel 21 und Artikel. 22

Schweizerischer Akkreditierungsrat und Schweizerische Agentur für Qualitätssicherung

Das OAQ unterstützt auch hier die erste Variante von Artikel 21 und 22. Die Unterstellung der Agentur unter den Akkreditierungsrat garantiert die inhaltliche Kohärenz in der schweizerischen Qualitätspolitik und den effizienten Gebrauch vorhandener Kompetenzen und Ressourcen. Eine künstliche Zweiteilung (in zwei voneinander unabhängige Einheiten) hat zur Folge, dass Doppelstrukturen mit unklaren Schnittstellen entstehen. Dies kann zu Schwierigkeiten in der Abgrenzung der Kompetenzen führen und hätte folglich einen erhöhten Koordinationsbedarf zur Folge. Insbesondere die Einführung eines eigenen Sekretariates für den Akkreditierungsrat ist mit hohen Kosten verbunden, da der Rat nicht nur die administrative Organisation, sondern auch die inhaltlichen Kompetenzen im Bereich Akkreditierung und Qualitätssicherung zuerst aufbauen muss. Durch das OAQ stehen diese Strukturen der Agentur und dem Rat von Beginn weg zur Verfügung.

Artikel 23 und Artikel 24

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung / Institutionelle Akkreditierung und Programmakkreditierung

Wir vermissen in diesem Artikel den Verweis auf die internationalen Prinzipien und Standards für die Qualitätssicherung und Akkreditierung, bilden sie doch einen essentiellen Teil des Bolognaprozesses.

Der Begriff der „anderen Institutionen des Hochschulbereiches“ wird sowohl im Gesetz als auch im Kommentar zum Gesetz nicht erläutert. Diese wäre jedoch wichtig, um eine

Abgrenzung zwischen diesen Institutionen und den anderen Hochschultypen gemäss Artikel 2 zu gewährleisten. Insbesondere da darunter auch die privaten Hochschulen fallen werden.

Für den Bereich der privaten Hochschulen ist zu überlegen, ob auf Ebene des Konkordates der Kantone eine institutionelle Akkreditierung nicht direkt an eine kantonale Anerkennung geknüpft werden könnte. Dies wäre auch im Sinn von Art. 61a der Bundesverfassung, bedeutet es doch eine Koordination der verschiedenen Anerkennungspraxen und würde so eine gewisse Harmonisierung im Bereich der privaten Bildungsanbieter zur Folge haben.

Artikel 25 **Bezeichnungsrecht**

Das OAQ begrüsst es sehr, dass die Akkreditierung Voraussetzung für das Bezeichnungsrecht wird. Es bleibt zu überlegen, ob der Artikel sich nur auf das Bezeichnungsrecht in den drei Amtssprachen bezieht oder ob nicht auch die Begriffe in Englisch darunter fallen könnten. Im Bereich der privaten Hochschulen hat sich gezeigt, dass diese sich mit Vorliebe „University“ nennen, da sie auf internationale Studierende ausgerichtet sind.

Artikel 26 **Voraussetzung für die institutionelle Akkreditierung**

Die Kriterien gemäss Art. 26 Abs. 1 lit. a –d bilden eine gute Grundlage für eine institutionelle Akkreditierung, dürfen unseres Erachtens jedoch nicht als abschliessendes Standardset verstanden werden. Ein Akkreditierungssystem muss sich an nationale bildungspolitische sowie internationale Entwicklungen anpassen können. Durch die Einführung eines festen Standardsets auf Gesetzesebene wird es schwierig, aktuelle Entwicklungen im Bereich der Qualitätssicherung aufzunehmen und die Standards nach besten internationalen Praktiken weiterzuentwickeln. Wir erachten es deshalb als sinnvoll, wenn die Hochschulkonferenz nicht nur die Voraussetzungen für die institutionelle Akkreditierung konkretisiert, sondern auch in Zusammenarbeit mit Akkreditierungsrat/-agentur die entsprechenden Qualitätsstandards entwickeln könnte.

Artikel 27 **Anforderung an die Programmakkreditierung**

Bei den Voraussetzungen für die Programmakkreditierung gemäss Art. 27 Abs. 1 handelt es sich unseres Erachtens um zwei Kriterien, die im Rahmen der institutionellen Akkreditierung geprüft werden (s. Art. 26 Abs. 1 lit. a, Pkt. 1 und lit. d). Da die institutionelle Akkreditierung die Voraussetzung für eine Programmakkreditierung ist, erübrigt sich unseres Erachtens die explizite Nennung dieser beiden Kriterien im Gesetzestext. Vielmehr sollte wiederum die Hochschulkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Akkreditierungsrat die Kompetenz haben, ein Standardset für die Programmakkreditierung zu entwickeln, das internationalen Vorgaben entspricht.

Artikel 29 Entscheid

Der Akkreditierungsrat anerkennt in- oder ausländische Agenturen. Dies sollte als allgemeine Kompetenz des Akkreditierungsrates bereits in Artikel 21 des Gesetzes aufgeführt werden. Die Kriterien für diese Anerkennung sowie das Anerkennungsverfahren selbst sollten in den Ausführungserlassen des Gesetzes geregelt werden und sich an den European Standards and Guidelines orientieren.

Artikel 30 Dauer der Akkreditierung und Erfüllung von Auflagen

Allgemein sind wir der Ansicht, dass die vorgeschlagene Akkreditierungsdauer im internationalen Vergleich zu lang ist und eine Dauer von sieben Jahren für Institutionen und fünf Jahren für Programme diesen Vorgaben besser entsprechen würde.

Im Sinn einer gewissen Rechtssicherheit für die Hochschulen sollte im Gesetzestext nicht eine „flexible“ Akkreditierungsdauer eingeführt werden. Wir schlagen vor, dass für die institutionelle Akkreditierung und für eine Programmakkreditierung jeweils eine feste Dauer der Akkreditierung festgelegt wird.

Art. 32 Gebühren

Unseres Erachtens müssen institutionellen Akkreditierungen von öffentlichen Hochschulen gebührenfrei sein. Zumal solche Überprüfungen im Interesse der Öffentlichkeit sind. Für Akkreditierungsverfahren im privaten Bereich und Dienstleistungen, welche die Agentur für Dritte erbringt, sollten kostendeckende Gebühren erhoben werden. Durch eine Abwälzung der Akkreditierungskosten auf die Hochschulen besteht die Gefahr, dass die Agenturen von den Hochschulen finanziell abhängig werden und ihre Verfahren so nicht mit der nötigen Distanz durchführen können

3 Antworten zum Fragenkatalog im Vernehmlassungsverfahren:

1. Sind Sie mit der generellen Stossrichtung der Vorlage einverstanden?

Ja

2. Unterstützen Sie die Einrichtung der vorgesehenen gemeinsamen Organe mit den entsprechenden Zuständigkeiten?

Ja.

- 3 Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Akkreditierungssystem einverstanden?

Ja, unter Einbezug unserer Bemerkungen (s. oben)

4. Welche der beiden Varianten für die Organisation von Akkreditierungsrat und nationaler Akkreditierungsagentur (Art. 6 Abs. 1 lit. d, e; Art. 21 Abs. 7, 8; Art. 22 Abs. 1, 5) geben Sie den Vorzug?

Wir geben der ersten Variante den Vorzug – Akkreditierungsrat mit der Schweizerischen Akkreditierungsagentur (s. oben).

5. Wie beurteilen Sie die gemeinsame strategische Planung und die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen?

Das OAQ kann zu diesem Punkt keine Stellung nehmen.

6. Wie beurteilen Sie das vorgeschlagene Finanzierungssystem insbesondere die Grundsätze zur gemeinsamen Ermittlung des Finanzbedarfs, die Einführung von Referenzkosten und die Ausrichtung der Bundesbeiträge

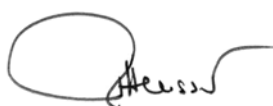
Das OAQ kann zu diesem Punkt keine Stellung nehmen.

7. Welche weiteren Bemerkungen haben Sie zur Vernehmlassungsvorlage?

s. unsere allgemeine Bemerkungen.

Wir hoffen, dass Sie unsere Bemerkungen aufnehmen können, und stehen für Fragen und weiterführende Informationen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Rolf Heusser
Direktor